

# Und wieder grüßt die Mehrarbeit

*Wenn Volkswirte und Politiker derzeit längere Arbeitszeiten fordern, meinen sie in Wirklichkeit Lohnkürzungen. Ob das die Beschäftigung erhöht, ist fraglich* **VON SEBASTIAN DULLIEN**

**D**ie Idee klingt bestechend einfach: Wir arbeiten alle etwas länger, dadurch wird mehr produziert, die Wirtschaft wächst. Dieser Mechanismus ist so einfach, dass er seit Monaten durch die Berliner Politik und Politikberatung geistert. Die Vorschläge zur Verlängerung der Wochenarbeitszeit gehen genauso in diese Richtung wie Forderungen nach der Abschaffung von Feiertagen.

Und tatsächlich: Könnten die Unternehmen ihre überquellenden Auftragsbücher nicht abarbeiten, weil es in Deutschland zu viele Feiertage gibt, dann würde Mehrarbeit sofort zu mehr Produktion und höherem Bruttosozialprodukt führen. Allerdings ginge es dann auch nicht darum, einfach einen Feiertag zu streichen. Die Firmen würden die Mehrarbeit sogar gerne bezahlen, schließlich ließe sich mit der höheren Produktion ja auch mehr verdienen.

## Problem Unterauslastung

Doch die Unternehmen sind derzeit nicht voll ausgelastet. Eine längere Arbeitszeit wird sich daher nicht unmittelbar in höherer Produktion niederschlagen. Wenn die Nachfrage nach dem Golf auf 50 000 geschätzt wird, wird Volkswagen nicht 55 000 Autos bauen, nur weil sich die vereinbarte Arbeitszeit der Arbeitnehmer um zehn Prozent erhöht. Vielmehr wird die Firma die Zahl der Beschäftigten so weit senken, dass man mit der längeren Arbeitszeit der verbliebenen Kräfte die Nachfrage bedienen kann. Gewonnen wäre gesamtwirtschaftlich nichts.

Mit diesem Argument geben sich allerdings die Befürworter längerer Arbeitszeiten nicht geschlagen. Denn die geforderten längeren Wochenarbeitszeiten – wohl gemerkt ohne Mehrbezahlung – haben noch andere Effekte: Die Lohnstückkos-

ten sinken. Wenn bei gleichem Lohn mehr gearbeitet wird, wird pro Arbeitsstunde weniger bezahlt. Damit aber ist die längere Arbeitszeit nichts anderes als eine Lohnsenkung auf breiter Front.

Die Idee, über generelle Lohnkürzungen mehr Beschäftigung zu schaffen, ist weder neu noch besonders originell. Reichskanzler Heinrich Brüning hat in der Weltwirtschaftskrise das Rezept mit geringem Erfolg an Deutschland ausprobiert. Der britische Ökonom John Maynard Keynes diskutierte die Vorschläge in den 30er Jahren ausführlich und eher ablehnend. Deutsche-Bank-Chefvolkswirt Norbert Walter forderte vor einigen Jahren in Zeitungsinterviews einen generellen Lohnschnitt in Deutschland um 20 Prozent, um Vollbeschäftigung zu schaffen.

Die zugrunde liegende Frage ist einfach: Über welchen Mechanismus können fallende Lohnstückkosten zu mehr Beschäftigung führen? Ein denkbarer Kanal ist der Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland: Sinkende Lohnstückkosten bei uns machen unsere Produkte gegenüber denen aus Frankreich oder Italien wettbewerbsfähiger. Die deutschen Firmen verkaufen mehr, Produktion und Beschäftigung steigen. Das Problem bei dieser Argumentation ist nur, dass Deutschland ohnehin mehr in die Euro-Partnerländer exportiert, als es von dort einführt. Zudem fehlt die Produktion und Beschäftigung dann im Ausland.

Befürworter der Lohnkürzungen würden noch einen anderen Mechanismus ausmachen: Wenn die Lohnstückkosten sinken, steigen die Unternehmensgewinne, es wird mehr investiert. Doch diese Rechnung vergisst eine wichtige gesamtwirtschaftliche Rückkoppelung: Wenn die Menschen tatsächlich weniger verdienen – oder weniger Menschen im Falle der Ar-

beitszeitverlängerung und folgenden Entlassungen in Lohn und Arbeit sind – ist nicht damit zu rechnen, dass die Unternehmen im bisherigen Umfang im Inland verkaufen können. Ein gerade Entlassener wird schließlich im Zweifel seinen Neukauf erst einmal aufschieben. Je nach Marktconstellation fallen die Absatzpreise oder die Produktion. Fallende Absatzpreise machen die zusätzlichen Gewinne der Firmen zunichte, eine fallende Produktion dagegen zerstört die Anreize für Erweiterungsinvestitionen. Somit ist höchst fraglich, ob fallende Lohnkosten die Investitionen ankurbeln können.

## Empirische Erfahrungen

Diese Argumentation wird auch von aktuellen empirischen Studien gedeckt. Die Investmentbank Morgan Stanley etwa stellt für die Euro-Zone fest, dass Veränderungen der Lohnstückkosten keinen nachweisbaren Einfluss auf die Investitionen haben. Relevant für die Investitionstätigkeit sind danach vielmehr die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und der Zins.

Das alles bedeutet natürlich nicht, dass langfristig die Arbeitszeit für den Wohlstand irrelevant ist. Wenn die Bevölkerung altert und weniger Deutsche dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, werden diese mehr arbeiten müssen, um den Lebensstandard aller zu halten. Dann aber wird es auch die Nachfrage nach den zu produzierenden Gütern und Dienstleistungen geben, denn die Rentner wollen ja auch essen, sich vergnügen und gepflegt werden. Mit höherer Nachfrage können die Firmen dann auch die Mehrarbeit bezahlen. Um kurzfristig in der Konjunkturkrise Wachstum zu schaffen, eignet sich unbezahlte Mehrarbeit aber nicht.